



Newsletter vom 6. September 2026

Inhalt

Die Ressourcen sind es nicht.....	2
2. September 2026, Marianne Wüthrich.....	2
Mehr Ressourcen?.....	5
Journal 21, 16. August 2026, Carl Bossard.....	5
«Eigentlich kaufen sich die Eltern kleinere Schulklassen».....	7
Tages-Anzeiger, 24. August 2026, Politik & Wirtschaft, Sabrina Bundi.....	7
«Die Generation Alpha wird ein Albtraum».....	9
NZZ, 28. August 2026, International.....	9
Für gleiche Bildungschancen braucht es die Frühförderung ab Geburt.....	12
NZZ am Sonntag, 20. August 2026, Debatte.....	12
Defizite beim Schreiben und Rechnen.....	14
NZZ, 2. September 2026, Schweiz, David Vonplon.....	14
«Die Schulen verzetteln sich zu stark».....	15
NZZ am Sonntag, 23. August 2026, Schweiz, René Donzé.....	15
«Wer zu oft Chat-GPT fragt, verliert das Selbstvertrauen».....	19
Tages-Anzeiger, 29. August 2026, Kultur, Gesellschaft & Wissen, Michael Marti.....	19
Der Kantonsrat verbannt Handys aus den Schulen.....	23
NZZ, 1. September 2026, Zürich und Region, Daniel Fritzsche.....	23
Eltern tragen Verantwortung.....	25
Tages-Anzeiger, 3. September 2026, Forum, Leserbrief.....	25
Veranstaltungshinweis.....	26
Macht die Schule unsere Kinder krank?.....	26
Mittwoch, 9. September 2026 , 19:30 – 20:30, Vortragsreihe Pädiatrie, Schule & Gesellschaft.....	26



Die Ressourcen sind es nicht...

2. September 2026, Marianne Wüthrich

Der Ruf nach «mehr Ressourcen» ist zur faulen Ausrede geworden, um davon abzulenken, dass die fatalen Schulreformen der letzten dreissig Jahre unsere einst gute Volksschule an die Wand gefahren haben. In diesem Sinne der pädagogische Zeigefinger von Carl Bossard, den wir an den Anfang unserer Textsammlung stellen. Er erinnert auch daran, dass es am Geld nicht liegen kann, geben wir doch für die Bildung mehr aus als die meisten anderen Länder: «Geld allein garantiert noch keine gute Schule.»

LCH-Präsidentin Dagmar Rösler tut neustens auch die Tatsache, dass immer mehr Eltern ihre Kinder in eine Privatschule schicken, als reines Ressourcen-Problem ab. An den Privatschulen kämen die Schüler nur deshalb besser voran, weil die Klassen kleiner seien, so Rösler, also müsse man in der öffentlichen Schule die integrierten Klassen halt ebenfalls verkleinern, dann wäre alles in Butter. (Von kleinen Förderklassen will dieselbe Funktionärin aber bekanntlich nichts wissen.) Wie lange kann man an dieser verantwortungsvollen Stelle den Kopf in den Sand stecken, bis die Schweizer Lehrerinnen und Lehrer einen Präsidenten wählen, der keine oberflächlichen Rezepte von sich gibt, sondern sich für die Behebung der bekannten Grundprobleme der Volksschule stark macht?

Um mehr Ressourcen geht es auch in der kantonalen Zürcher Volksabstimmung vom 27. September: 83 Millionen Franken sollen eingesetzt werden, damit die Lehrpersonen mehr Zeit zur Vor- und Nachbereitung des Schulunterrichts haben und die Klassenlehrpersonen entlastet werden. Selbstverständlich geht es nicht, dass Klassenlehrpersonen jede Woche eine grosse Zahl an Überstunden leisten, ohne dafür bezahlt zu werden. Eine finanzielle Aufstockung bleibt jedoch eine Notlösung, die den Kern der Überlastung nicht trifft. Unsere Lehrkräfte brauchen nicht mehr bezahlte Stellenprozente, sondern ein nachhaltiges Herunterfahren der Bürokratie, damit wieder Zeit und Raum ist für ihre eigentliche Aufgabe, das Unterrichten. Dann könnte manch einer wieder zur Freude an seinem schönen Beruf zurückfinden.

... sondern die wesentlichen pädagogischen Fragen

Unseren aktiven Pädagoginnen wäre eine Lehrervertretung und eine pädagogische Weiterbildung zu wünschen, wo die wesentlichen Fragen gestellt werden. Solche Fragen stellt zum Beispiel Carl Bossard: «Unterricht lässt sich nicht bestellen wie ein neues Schulmodell und nicht einfach mit zusätzlichen Ressourcen ausstatten. Man muss ihn gestalten. Deshalb geht es nicht nur um Fragen wie: Wie viele Heilpädagoginnen stehen zur Verfügung? Wie gross sind die Klassen? Wie viel zusätzliche Zeit gibt es? Sondern auch darum, wie Lernprozesse aufgebaut, neue Inhalte erklärt, geübt und gefestigt werden – und was eine Lehrperson tun muss, damit aus Anwesenheit tatsächlich Lernen wird.»

Erfrischend die britische Pädagogin Katharine Birbalsingh, die darauf aufmerksam macht, dass man dem Kind keinen Dienst erweist, wenn man es in einer Opferrolle sieht und ihm «beim Wutanfall den Keks gibt». Als Rektorin setzt sie in ihrer Schule auf Werte wie Eigenverantwortung und die Wahrnehmung von Pflichten gegenüber anderen, Überwinden von Hindernissen, Zugehörigkeitsgefühl zum eigenen Land. Dank Strenge und Disziplin, traditionellen Werten sowie einem Unterricht,



in dem der Erwachsene die Autorität ist, erreichen ihre Schüler die besten Testresultate im ganzen Land.

Ganz weg von den pädagogischen Grundlagen führen indessen Andrea Lanfranchi und Peter Klaver, die für eine «Frühförderung ab Geburt» plädieren. Mit regelmässigen Hausbesuchen sollen Kinder, die in benachteiligten sozialen Verhältnissen aufwachsen, von klein auf in Programme eingebunden werden. Damit sollen die Leistungsunterschiede aufgrund sozialer Ungleichheiten (neuer Bildungsbericht Schweiz) gemildert werden und «gleiche Bildungschancen für alle» entstehen.

Es soll hier gewiss nicht gegen eine adäquate Förderung von Kindern zum Beispiel aus fremdsprachigen Familien gesprochen werden. Aber mit einer Rundumversorgung ohne Eigenleistung verhilft man keiner Familie zu einer besseren Lebenssituation für die nächste Generation. Meine Nachbarn in unserer Wohngenossenschaft in Zürich, eine Sikh-Familie aus Indien, die Eltern mit minimen Deutschkenntnissen, sind von sich aus aktiv geworden, als sie hörten, dass ich Lehrerin bin, und haben mich gebeten, zuerst ihre ältere und dann die zweite Tochter beim Lernen zu unterstützen. Nicht in ihren ersten Lebensjahren, sondern später, als Ergänzung zur Primarschule (wo zu wenig Unterricht und Üben stattgefunden hat) und als Begleitung für den Übertritt in die Oberstufe. Es war den Eltern wichtig, trotz schmalem Portemonnaie etwas dafür zu bezahlen, um ihre Würde zu wahren, also habe ich einen kleinen Betrag angenommen und als Spende weitergegeben. Die Kinder haben ihren Weg gemacht, weil sie bereit waren, zu lernen und sich von mir anleiten zu lassen, und weil sie von den Eltern in diese Richtung gefördert wurden. Ob es von Gutem gewesen wäre, dieser Familie eine staatlich beauftragte Sozialpädagogin aufzudrängen?

... und eine Volksschule, die das Rüstzeug fürs Leben mitgibt

Seit Jahren ist bekannt, dass viele unserer Jugendlichen nach ihrer Schulzeit keine genügenden Grundlagen im Lesen, Schreiben und Rechnen mitbringen, um eine Berufslehre machen zu können. Seit ebensovielen Jahren klagen die Ausbilder in den Lehrbetrieben, dass sie immer weniger geeignete Lehrlinge finden. Nun haben wir das erschreckende Resultat schwarz auf weiss: Die Unternehmer ziehen die Reissleine. In einer Umfrage der grossen Arbeitgeberverbände geben viele der rund 3000 befragten Ausbilder an, dass sie bereits heute weniger Lernende einstellen oder dies für die Zukunft planen. Manche Lehrstelle bleibt unbesetzt, weil geeignete Bewerber fehlen. In 30 Prozent der kleinsten Betriebe fehlen die Kräfte, um Jugendliche auszubilden, die interne oder externe Zusatzkurse und persönliche Sonderbetreuung benötigen, um die dringendsten schulischen und persönlichen Defizite zu verringern. Wenn die KMU, das Rückgrat der Schweizer Wirtschaft, ihre grundlegende Aufgabe in unserer Gesellschaft nicht mehr wahrnehmen können, «dann guet Nacht am Sächsi!»

Hier schliesst sich der Kreis zur Fragwürdigkeit der Rundum-Betütelung unserer Jugend in der Schule und ihrem Sozialkuchen-Umfeld. Selbstverständlich gibt es soziale Unterschiede, die sich auf die schulischen Leistungen auswirken, es hat sie schon immer gegeben. Um sie so gut wie möglich auszugleichen, braucht es jedoch keine Frühförderung ab Geburt, sondern dafür wurde die Volksschule geschaffen. Hier müssen wir ansetzen: Bei einer Volksschule, wo alle Kinder eine Bildung erhalten, die sie durchs Leben tragen wird und sie insbesondere befähigt, ihren Platz im Berufsleben einzunehmen. Und bei einer Lehrerbildung, die den jungen Pädagogen Auge, Ohr und Herz öffnet für den schönsten Beruf: Die Kinder einführen zu dürfen ins Lernen, ihnen zu zeigen,



wie sie Schwierigkeiten bewältigen können, ihnen das Erlebnis zu ermöglichen, dass im Verbund mit ihrer Lehrerin und ihren Gspänli noch viel mehr geht, als wir manchmal ahnen, und ihre Neugier zu wecken für die unendlichen «Angebote» unserer spannenden Welt.

Späte Erkenntnis und frühe Ahnung

Zum Schluss zwei weitere bemerkenswerte Zeitungsartikel. Der erste beinhaltet die späte Erkenntnis des Zuger Bildungsdirektors Stephan Schleiss: «Die Schulen verzetteln sich mitunter zu stark mit Projekten, entdeckendem und forschendem Lernen sowie super anspruchsvollen pädagogischen Settings. Da fehlt am Schluss die Zeit, um die Grundlagen zu üben.» Deshalb will er die Schulen «verstärkt auf die Kulturtechniken Lesen, Rechnen, Schreiben einschwören.» Zur Erinnerung: Derselbe Bildungsdirektor befand 2017 als neuer EDK-Präsident die «Unterstützung der Kantone bei der Einführung der neuen, harmonisierten Lehrpläne in den kommenden Jahren als eine der wichtigsten Aufgaben der D-EDK». Heute haben unsere Kinder den Salat. Schleiss muss Flickwerk betreiben, Noten und Prüfungen vorschreiben in seinem Kanton, um den Schaden, den er und seine EDK-Mitverantwortlichen mit dem Lehrplan 21 angerichtet haben, zu übertünchen. Aufrichtiger wäre es, endlich die Konsequenzen zu ziehen!

Der zweite, erfreulichere Bericht ist der lebendigen Auseinandersetzung unserer Jugend mit KI gewidmet – ein Genuss! Da wird KI zwar fleissig genutzt und auch einmal geschummelt, aber den Jugendlichen ist die Problematik des Ganzen erstaunlich klar: «Ehrlich gesagt: Ich frage mich schon, ob man so überhaupt noch etwas lernt» (wenn man für die gesamten Lernprozesse KI benutzen darf). «Wenn man nur noch die KI benutzt, lernt man die Basics überhaupt nicht mehr. Wenn man dann mal ohne KI dasteht, merkt man plötzlich: Ich kann das von mir aus gar nicht lösen. Ich weiss nicht mal, wo ich anfangen soll.» «Wenn man ständig Chat-GPT fragt, verliert man sein Selbstvertrauen, man traut sich irgendwann weniger zu.» Es kommt auf den Tisch, dass jede zehnte Antwort von KI nicht stimmt, und es wird diskutiert, ob die Lehrerin oder KI den Schulstoff besser erklären: Eine Schülerin findet, Chat-GPT könne «spezifischer auf ihre Bedürfnisse eingehen», ein anderer Schüler hält dagegen: «Am Ende musst du es halt wirklich verstanden haben, spätestens an der Prüfung merkst du das sonst. Und genau dafür braucht es die Lehrer: Die checken im Gespräch sofort, ob du es raffst oder nicht.»

Ein hoffnungsvolles Gegengewicht zur Aussage der britischen Pädagogin: «Die Generation Alpha wird ein Albtraum». Wie sie richtig aufmerksam macht, liegt die Verantwortung bei uns Erwachsenen. Bleiben wir mit den Kindern im Gespräch (statt uns hinter dem Handy zu vergraben) und geben wir ihnen mit, was wir zur Verfügung haben!

Eine genussreiche Lektüre wünscht

Marianne Wüthrich



Mehr Ressourcen?

Journal 21, 16. August 2026, Carl Bossard

«Mehr Ressourcen» ist zur Standardantwort geworden, wenn die Schule an ihre Grenzen stösst. Das ist verständlich – doch die entscheidende Frage bleibt: Was bewirken sie im Unterricht?

Unterschiedlicher könnte das Wording der beiden Hauptexponenten an der Medienkonferenz zur integrativen Schule kaum sein. Urs Bieri, Studienleiter des Schweizer Forschungsinstituts für Politik- und Kommunikationsforschung gfs.bern: «Die Politik hat die integrative Schule bestellt, die Zeche bezahlen die Lehrpersonen.» Dagmar Rösler, Präsidentin des Dachverbands Schweizer Lehrerinnen und Lehrer LCH: «Wer Integration bestellt, muss sie auch bezahlen.»

Zwei Sätze, fast dasselbe Thema – und doch zwei völlig verschiedene Blickrichtungen. Bei Urs Bieri klingt eine Diagnose an: Hier wurde politisch etwas bestellt, dessen Folgen nun bei den Lehrpersonen im Klassenzimmer landen. Bei Dagmar Rösler klingt vor allem eine Rechnung an: Wer bestellt, soll bezahlen.

Man könnte es auch einfacher sagen: Bei Bieri geht es um die Zeche, bei Rösler um die Rechnung. Und damit sind wir bei einem Wort, das im bildungspolitischen Diskurs inzwischen eine geradezu wundersame Karriere gemacht hat: Ressourcen.

Ressourcen werden offenbar als Universalmedizin der Schweizer Schulen imaginiert. Fehlt es an Ruhe und Konzentration? Ressourcen. Sind die Klassen heterogener geworden? Ressourcen. Funktioniert die Integration nicht wie erhofft? Ressourcen. Werden Lehrpersonen überlastet? Ressourcen. Fehlt Zeit? Ressourcen. Fehlt Personal? Ressourcen. Fehlt Geld? Selbstverständlich: Ressourcen.

Ressourcen als Passepartout

Am 13. August war dieses Wort bei Dagmar Rösler wieder auffallend häufig zu hören. Die Studie des LCH und von gfs.bern liefert dafür durchaus Anlass. 10'394 Lehrpersonen, schulische Heilpädagoginnen und -pädagogen sowie therapeutische Fachpersonen wurden befragt. 41 Prozent erleben die Umsetzung der integrativen Schule als Belastung, 57 Prozent beurteilen die vorhandene Unterstützung als ungenügend.

Das ist ernst zu nehmen. Sehr ernst sogar. Nur: Eine Diagnose ist noch keine Therapie.

Denn wenn die Antwort auf strukturelle, pädagogische oder organisatorische Schwierigkeiten fast reflexartig «mehr Ressourcen» lautet, wird das Wort irgendwann zur Nebelmaschine. Es verdeckt die unangenehme Frage, ob vielleicht nicht nur zu wenig Geld, sondern auch zu viel System, zu viel Reform, zu viel Heterogenität, zu viele Ansprüche und zu wenig Klarheit vorhanden sind.

Die Schweiz gibt für Bildung nicht gerade Taschengeld aus. 2023 waren es 45,5 Milliarden Franken, doppelt so viel wie im Jahr 2000. Daraus folgt nicht, dass jede Schule genügend Mittel hätte. Aber Geld allein garantiert noch keine gute Schule. Entscheidend ist deshalb die Wirksamkeit: Was bewirken zusätzliche Mittel tatsächlich?

Bei Dagmar Rösler aber hört man immer wieder: Ressourcen. Das Wort ist inzwischen zum Universalbegriff der bildungspolitischen Debatte geworden. Auffällig ist dabei weniger, dass sie mehr Per-



sonal, mehr Zeit und mehr Geld fordert. Das ist angesichts der Befunde durchaus nachvollziehbar. Auffällig ist vielmehr, wie rasch aus einem pädagogischen Problem ein Ressourcenproblem wird. Und manchmal gerät dabei offenbar auch die Sprache etwas unter Ressourcenstress. So war am 13. August von Dagmar Rössler zu hören: «Es braucht [...] ein flexiblerer Umgang mit bereits vorhandenen Ressourcen.»

Man könnte fast sagen: Wenn schon die Grammatik flexibel wird, darf man vielleicht auch bei den Ressourcen etwas flexibler werden. Ironie beiseite: Auch bei den Ressourcen geht es nicht allein um ihre Menge, sondern um ihren sinnvollen Einsatz.

Die eigentliche Bildungsfrage

Auch die neue Studie beantwortet das nicht. Sie zeigt vielmehr die Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Die entscheidende Frage lautet: Was macht Unterricht bildungswirksam? Nicht Schule. Nicht Reform. Nicht Organisation. Sondern Unterricht.

Unterricht ist der Ort, an dem Bildung geschieht. Hier entscheidet sich, ob ein Kind etwas versteht, Wissen aufbaut, Zusammenhänge erkennt, etwas behält, übt und anwenden kann. Hier entscheidet sich auch, ob eine heterogene Klasse trotz aller Unterschiede gemeinsam lernen kann.

Unterricht lässt sich nicht bestellen wie ein neues Schulmodell und nicht einfach mit zusätzlichen Ressourcen ausstatten. Man muss ihn gestalten. Deshalb geht es nicht nur um Fragen wie: Wie viele Heilpädagoginnen stehen zur Verfügung? Wie gross sind die Klassen? Wie viel zusätzliche Zeit gibt es? Sondern auch darum, wie Lernprozesse aufgebaut, neue Inhalte erklärt, geübt und gefestigt werden – und was eine Lehrperson tun muss, damit aus Anwesenheit tatsächlich Lernen wird.

Ressourcen ermöglichen – Unterricht bewirkt

Das sind unbequemere Fragen als die Ressourcenfrage. Geld verbessert Rahmenbedingungen. Es erklärt nicht, strukturiert nicht, führt nicht und motiviert nicht. Ressourcen können guten Unterricht ermöglichen. Guten Unterricht ersetzen können sie nicht.

Genau hier wird das Mantra «mehr Ressourcen» problematisch. Es droht zum pädagogischen Reflex zu werden. Die Perspektive müsste sich deshalb umdrehen: Nicht zuerst fragen, was das System noch braucht, sondern was Kinder brauchen, damit sie lernen.

Dagmar Rösler bezeichnet die integrative Schule als «Baustelle bei laufendem Betrieb». Das Bild ist treffend. Nur sollte man auf einer Baustelle gelegentlich auch überprüfen, ob nicht nur mehr Material angeliefert wird, sondern ob tatsächlich gebaut wird. Dafür braucht es selbstverständlich Ressourcen. Aber Ressourcen sind Mittel, kein pädagogisches Konzept.

Der Massstab muss das Kind sein

Der Massstab jeder Bildungsreform muss sein: Hilft sie dem Kind, besser zu lernen? Alles andere ist nachgeordnet – Reformmodelle, Organisationsformen, Methoden und Ressourcen. Denn die Schule ist nicht dafür da, dass Reformen funktionieren. Reformen sind dafür da, dass Lernen besser gelingt.

Unterricht ist der Ort, an dem Bildung geschieht.



«Eigentlich kaufen sich die Eltern kleinere Schulklassen»

Tages-Anzeiger, 24. August 2026, Politik & Wirtschaft, Sabrina Bundi

Privat- oder Volksschule? • Überlastete Lehrkräfte, viele Kinder und Störenfriede: Damit ihre Söhne und Töchter nicht «untergehen», leisten sich Mütter und Väter eine Privatschule. Was Betroffene und Fachleute dazu sagen.

«Hier wird ja gar nicht geschläglet», sagt der achtjährige Matteo überrascht, als er zum Schnuppern sein künftiges Klassenzimmer besucht. Die friedliche Stimmung ist ungewohnt für ihn, denn in seiner aktuellen Klasse in einer Volksschule ist es üblich, dass einige Kinder ständig schlagen, pöbeln und schreien. Auch Matteo habe schon mal nach dem Turnen Schläge mit einer Wasserflasche kassiert, «weil er im Völki gewonnen hat», erzählt sein Vater. Die Folge: «Matteo, ein eigentlich neugieriges und aufgewecktes Kind, wurde in dieser Klasse immer ruhiger und immer unglücklicher.»

Weil sich keine andere Lösung abzeichnete, besucht Matteo jetzt die zweite Klasse in einer Privatschule im Nachbardorf. «Damit er nicht untergeht, denn die Lehrerin musste sich ständig um die Störenfriede kümmern», so der Vater. Matteo heisst in Wirklichkeit zwar anders, aber sein Beispiel ist echt. Und vielleicht sogar exemplarisch für einen Trend? Denn früher wäre wohl nicht Matteo in die Privatschule geschickt worden, sondern die Störenfriede seiner Klasse.

Hat sich die Klientel der Privatschulen verändert?

«Vor einigen Jahren besuchten eher diejenigen Kinder Privatschulen, die lern- oder verhaltensschwierig waren», sagt Erziehungswissenschaftlerin Margrit Stamm. Auch sie hört und liest immer öfter von dem Trend, dass statt der «lauten» häufiger die «stillen» Kinder in Privatschulen gehen.

Mit der Zahl der Schülerinnen und Schüler lässt sich dieser Trend allerdings nicht bestätigen. Seit Jahren bleibt diese gemäss Bundesamt für Statistik mehr oder weniger stabil: zwischen fünf und sechs Prozent. So wie Matteos Eltern entscheiden sich also die Eltern jedes zwanzigsten Kindes für eine Privatschule. Wobei es grosse regionale Unterschiede gibt: In Kantonen wie Zürich, Zug, Genf oder Basel-Stadt ist die Privatschuldichte viel höher als etwa in ländlichen Kantonen wie Uri, Nidwalden oder dem Thurgau.

Margrit Stamm hört und liest auch von möglichen Gründen für diese Verlagerung: Eine verbreitete, zugespitzte Erklärung dafür sei, dass laute Kinder mit der integrativen Schule in die Regelklasse integriert worden seien und die leisen unter ihnen litten und in Privatschulen flüchteten. Diese Theorie stellt sie allerdings infrage und präzisiert: «Mit der integrativen Schule ist die Heterogenität innerhalb einer Klasse grösser geworden.» Die Konsequenz: Je grösser die Unterschiede, desto weniger Zeit bleibe für diejenigen Kinder, «die nie auffallen, die zuverlässig arbeiten, sich an Regeln halten, niemandem zur Last fallen und trotzdem zu wenig gesehen werden», sagt Stamm.

Mit der grösseren Spannweite seien auch die Anforderungen an die Lehrpersonen massiv gestiegen - «sie haben unter diesen Voraussetzungen zu wenige Ressourcen, um allen Kindern gerecht zu werden», sagt Stamm.



Das sehen auch die Lehrkräfte selber so: In einer erst kürzlich abgeschlossenen internen Befragung des Dachverbands der Lehrerinnen und Lehrer Schweiz (LCH) bemängelte die Hälfte der Lehrkräfte, dass sie sich zu wenig um die Bedürfnisse der gesamten Klasse kümmern könne. Die befragten Lehrpersonen unterrichten im Schnitt über mehrere Klassen 36 Kinder - davon haben 12 eine Diagnose wie etwa ADHS. 3 bis 4 haben ohne Diagnose Unterstützungsbedarf. Mehr als ein Drittel der Kinder benötigt somit besondere Förderung.

Weiter zeigt eine Befragung der Eltern, durchgeführt von Sotomo im Auftrag der Stiftung Mercator zum Thema «Welche Schule will die Schweiz» aus dem Jahr 2023: Wenn es die finanzielle Lage zulassen würde, könnten sich 60 Prozent der Eltern vorstellen, ihr Kind in eine Privatschule zu schicken.

Diejenigen Eltern, die das bereits tun, begründen ihren Schritt damit, dass ihr Kind dort individueller gefördert wird. Oder sie sagen, ihr Kind habe an der öffentlichen Schule Probleme gehabt, etwa mit Mobbing oder mit Leistungsdruck. Als Stärken der öffentlichen Schule gaben die Befragten derweil an, dass sie immer in der Nähe des Wohnorts sei, nichts koste und sozial gut durchmischt sei.

Bedeutet mehr Kinder wirklich mehr Probleme?

«Eigentlich kaufen sich die Eltern mit der Privatschule kleinere Klassengrössen und einen besseren Betreuungsschlüssel für ihre Kinder», fasst Dagmar Rösler, Präsidentin des LCH, die verschiedenen Studien und Befragungen zusammen. Auch Privatschulen seien oft heterogen, «sie haben aber in der Regel kleinere Klassen - was auch die Volksschule gut gebrauchen könnte», so Rösler. Der LCH fordert schon lange schlankere Klassen. «Eine fixe Zahl zu nennen, ist schwierig, es kommt sehr auf die Zusammensetzung an», so Rösler.

Empirisch gebe es unterschiedliche Aussagen, ob Schülerinnen und Schüler in kleineren Klassen bessere Leistungen erzielten. «Aber wohl alle Kinder bekommen in kleineren Klassen eher die pädagogische Fürsorge, die sie benötigen», sagt Rösler.

Auf einem Factsheet des LCH wird ausserdem ausgeführt: Grosse Klassen bedeuten für die Lehrkraft mehr Unterrichtsvorbereitung, mehr Korrekturen, mehr Elternarbeit, weniger individuelle Betreuung der Kinder und weniger Beziehungsarbeit. Für die Klasse heisst das: mehr Lärm, weniger Platz, schlechtere Luftqualität, schlechtere Konzentration.

«Wenn wir in der Schweiz aber kleinere Klassen wollen, bräuchte es je nach Gemeinde und Schulhaus deutlich mehr Schulräume und Personal - was wiederum mehr finanzielle Mittel bedeuten würde», erklärt Rösler. Gemeinden und Kantone müssten also mehr Geld für die Bildung sprechen. «Ich verstehe, dass das schwierig ist, und dennoch müssen wir uns überlegen, wie wir weiterfahren und welche Rahmenbedingungen wir für die Volksschule wollen», so die LCH-Präsidentin.

Matteo hat in seiner neuen Klasse in der Privatschule zehn Mitschülerinnen und Mitschüler. In der neuen Umgebung blüht er wieder auf: Er sei lebhaft und zufriedener und habe seine Neugier zurückgewonnen, erzählt sein Vater. Besonders beim Rechnen, beim Lesen und beim Schreiben zeige er wieder vollen Einsatz.



«Die Generation Alpha wird ein Albtraum»

NZZ, 28. August 2026, International

Die britische Star-Pädagogin Katharine Birbalsingh warnt vor der Wokeness in den Schulen. Sie setzt stattdessen auf Disziplin, Wissen und Patriotismus, wie sie im Gespräch mit Daniel Rickenbacher und Benedict Neff deutlich macht

Frau Birbalsingh, Sie sprechen oft über die Generation Z: überfordert, empfindlich, in der Arbeitswelt anspruchsvoll. Woher kommt das?

Das alles hat mit der Art zu tun, wie sie aufgezogen wurden. Die Eltern wollen heute die Freunde ihrer Kinder sein. Und wer die Kinder diszipliniert, bekommt ein schlechtes Gewissen einge-redet. Man nennt mich «Grossbritanniens strengste Rektorin», als sei streng gleichbedeutend mit gemein. Dabei bedeutet streng zu sein, dass man sein Kind genug liebt, um die eigenen Massstäbe hochzuhalten. Es ist einfacher, dem Kind beim Wutanfall den Keks zu geben, als hart zu bleiben. Wir geben unseren Kindern seit Jahrzehnten den Keks – und ernten jetzt die Folgen.

Sie plädieren stattdessen für bürgerliche Werte. Wo haben Sie diese aufgenommen?

Von meinen Eltern, obwohl sie links standen. Sie brachten mir bei, wie wichtig Eigenverantwortung ist, mich nicht als Opfer zu sehen sowie Pflichten gegenüber anderen wahrzunehmen: Man ist Teil eines Teams, und das eigene Verhalten fällt nicht nur auf einen selbst zurück. Man sollte dankbar sein für das, was man hat, statt ständig Ansprüche zu erheben. All diese Werte sind entscheidend für ein würdevolles Leben.

Sie sagen, die westliche Schule sei mitverantwortlich für den Niedergang dieser Werte.

Die Werte, die früher selbstverständlich waren, existieren kaum noch. An ihre Stelle ist die Opferrolle getreten. Man kann Schwarzer sein, Mädchen, Junge, schwul, trans, psychisch belastet. Es gibt viele Kategorien, über die man sich Opferstatus verschaffen kann. Es existiert eine regelrechte Opferhierarchie, nicht nur in der Schule, sondern in der Gesellschaft insgesamt. Jeder wetteifert darum, weil einen das im sozialen Gefüge nach oben bringt. Früher wurde bewundert, wer Hindernisse überwand. Heute bewundert man, wer das grösste Opfer ist.

Ist das wirklich so verbreitet? Viele Kinder hier in der Schweiz wollen doch auch heute noch die Besten in Schule und Sport sein.

Es ist interessant, dass Sie den Sport erwähnen: Sport ist die eine Ausnahme. Da versteht jeder: Man muss ein bestimmtes Niveau erreichen, sonst reicht es nicht. Bei Mathematik, Sprachen, Geschichte dagegen sind die Geisteswissenschaften an unseren Schulen praktisch zerstört worden. In der Schweiz dürfte das weniger ausgeprägt sein, weil das Land keine grosse koloniale Vergangenheit hat und neutral war. Das bedeutet weniger «weisse Schuldgefühle».

Wie wirken sich diese Schuldgefühle auf den Geschichtsunterricht aus?

In Grossbritannien, den USA, Kanada wird Geschichte zunehmend als Abfolge von Unterdrücker-Unterdrückte-Narrativen erzählt. Dabei besteht Geschichte eigentlich aus vielen eher unspektakulären Dingen, wie beispielsweise der Entwicklung von Institutionen und Gesetzen. Aber weil Lehrer den Unterricht «relevant» machen wollen, greifen sie zum Emotionalen. Kein Wunder, dass diese Generation so emotional ist.



Sie vertreten eine ähnliche Philosophie wie Amy Chua in den USA, die ebenfalls dafür plädiert, mehr von den Kindern zu verlangen. Sie sind beide Frauen mit Migrationshintergrund. Braucht es Migranten, um dem Westen zu erklären, wie man Kinder erzieht?

Ja. Westliche, weisse Menschen sind einfach zu entspannt und nehmen das Thema nicht ernst genug. Viele fühlen sich dabei unwohl und schweigen lieber. Ich erzähle oft folgende Geschichte: Zwei kleine Jungen lösen dieselbe neue Aufgabe erfolgreich. Die westliche Familie sagt: «Du bist wirklich klug.» Die östliche Familie sagt: «Du hast hart gearbeitet.» Beim nächsten unbekannten Problem denkt der westliche Junge: Bin ich klug genug? Der östliche Junge denkt: Ich muss nur hart arbeiten. Wenn ein armes Kind in Mathematik schwächelt, heisst es bei uns: Das ist nicht seine Schuld, man schickt ihn zum Psychologen, statt zu sagen: Er muss einfach mehr üben.

Sie sind selber das Produkt westlicher Schulen, waren in Kanada und in Oxford. Wie passt das zu Ihrer Kritik?

Ich erinnere mich an das Chaos in meinem Klassenzimmer. Ich sass vorne und dachte: Warum schafft es der Lehrer nicht, für Ruhe zu sorgen? Wir lernen so ja nichts. In Oxford merkte ich dann, dass ich eigentlich nichts wusste und ich musste mir vieles selbst beibringen, weil ich es in der Schule nie gelernt hatte. Man verschwendet das Leben eines Kindes, wenn es nur zusieht, wie Papierflugzeuge durch den Raum fliegen.

Trotzdem kommen die meisten grossen Tech-Konzerne aus dem Westen und hier gibt es immer noch die meisten Patente. Hat westliche Bildung nicht weiterhin einen Vorteil und schafft mehr kreative Menschen?

Das liegt nicht am Schulsystem, sondern an der Kultur. Im Osten gilt: Man schneidet die hohen Mohnblumen ab, Ehrgeiz gilt als unhöflich. Im Westen heisst es: Sei innovativ, denke selbst. Entscheidend für Kreativität ist zudem Wissen. Shakespeare, Newton, James Cook hatten enormes Wissen und eine traditionelle Bildung. Wir im modernen Westen glauben, Kreativität bedeute, zu tun, was man wolle. Das stimmt nicht. Wenn Sie mir ein Auto hinstellen und sagen würden, ich solle ein neues Auto entwerfen, wüsste ich nicht, wo ich anfangen soll, denn ich weiss nichts über Autos. Kreativ kann man nur mit dem sein, über das man auch etwas weiss.

Sie setzen in Ihrer Schule auf Patriotismus. Braucht es nationalen Stolz, um Kinder zu erziehen?

Unbedingt, gerade bei einer multikulturellen Schülerschaft. Wenn nicht das Land alle zusammenhält, muss etwas anderes diese Rolle übernehmen. Früher war das die Religion. Fehlt sie, muss es die Nation sein. Sorgt jeder nur für die eigene Gruppe, führt das zu Bürgerkrieg. Vor unserer Schule weht die britische Flagge. Heute ist das selten geworden, viele Schulen hissen stattdessen Pride- oder palästinensische Fahnen. Wir singen britische Lieder wie «God Save the King» und «Jerusalem». Das heisst nicht, dass wir das Land nicht kritisch sehen, aber wir sind stolz darauf, zu etwas Grösserem zu gehören.

Ist es nicht widersprüchlich, den König zu feiern und gleichzeitig zum kritischen Denken zu erziehen?

Nein. Denken Sie an eine Familie. Sie bringen Ihren Kindern nicht bei, Sie zu hassen. In einem sicheren Umfeld kann ein Kind kreativer sein. Das heisst nicht, dass wir nicht die echte Geschichte beibringen, auch über den britischen Kolonialismus. Fehlt das Zugehörigkeitsgefühl zum eigenen



Land, suchen Kinder es woanders, in einer Gang, in einer Bewegung. Sie werden wütend und lernen wenig. Das ist keine Kreativität, das ist bloss Wut.

Was ist Ihre Mission?

Meine Mission ist es, dafür zu sorgen, dass alle verstehen, wie wichtig Kinder für sämtliche gesellschaftlichen Debatten sind. In der Schweiz spürt man diese Dringlichkeit vielleicht noch nicht, weil das Land nicht am Rand des Abgrunds steht wie Grossbritannien. Ich verstehe, dass man sich mit diesen Problemen nicht auseinandersetzt: Man geht am Freitagabend in den Pub, bringt am Samstag das Kind zum Ballett, geht am Montag arbeiten. Aber während man beschäftigt ist, fällt das Land langsam auseinander, seit Jahrzehnten schon. Wir stecken in Grossbritannien in Schwierigkeiten, und ich versuche, die Fahne hochzuhalten.

Haben Ihr öffentliches Engagement und Ihre Schule tatsächlich etwas bewirkt?

Ja, definitiv. Unsere Schüler haben die besten Testresultate in ganz London. Viele unserer Methoden haben sich verbreitet, ich erhalte Briefe von Lehrern aus aller Welt. Unsere Schule macht drei Dinge anders: erstens Strenge und Disziplin, zweitens ein traditionellerer Unterricht, bei dem der Erwachsene die Autorität ist, drittens traditionelle Werte. Bei der Disziplin habe ich es geschafft, beim Unterricht sind wir auf dem Weg. Die Werte sind die letzte, noch nicht eroberte Grenze.

Sie stellen bewusst auch Lehrer ohne formale pädagogische Ausbildung ein. Warum?

Wenn ich ausgebildete Lehrer einstelle, muss ich sie zuerst umschulen. Die Art, wie man Lehrern heute das Unterrichten beibringt, ist falsch. Die Ausbildung ist von diesem Opfergruppen-Denken durchdrungen. Man erwartet von einem Kind aus einer benachteiligten Gruppe nicht dieselben Hausaufgaben wie von einem weissen Mittelschichtskind. Das halte ich für falsch. Ähnliches passierte auch im Fall Henry Nowak: Ein weisser Jugendlicher wurde von einem Sikh erstochen. Die Polizei half ihm aber nicht, weil sie dem Täter glaubte, der behauptete, er sei das Opfer von Rassismus. Schon in Polizei-Handbüchern steht geschrieben, dass man verschiedene Gruppen unterschiedlich behandeln muss. Die Polizei hat dann diese Opferhierarchie im Kopf und schaut nicht mehr auf die einzelnen Menschen. Manchmal wird das explizit gesagt, manchmal nicht, aber es ist die dominante Kultur, die niemand hinterfragt. Viele Lehrer bemerken es nicht einmal.

Ihre Rede beim Verein «Alliance for Responsible Citizenship» ging kürzlich viral. Sie machten dort die Schule für den Niedergang des Westens verantwortlich. Gab es Kritik?

Interessanterweise kaum. Nach der Rede sagten alle: «Mein Gott, sie hat recht!» Und ich dachte: Warum muss ich euch das erst sagen? Warum wisst ihr das nicht selbst? Viele Weisse fühlen sich bei diesem Thema unwohl und schweigen deshalb lieber.

Ein Thema in den britischen Schulen ist der zunehmende Einfluss des Islam. Auch an Ihrer Schule gab es einen Rechtsstreit um das islamische Gebet. Worum ging es genau?

Eine Mutter hat uns verklagt, weil wir keinen muslimischen Gebetsraum anbieten, aber wir haben den Fall gewonnen. Es gibt bis heute kein Gebet bei uns. Ich müsste die Kinder trennen, um das Gebet zu ermöglichen, was den Werten unserer Schule widerspricht. Wenn muslimische Mädchen ihr Haar bedecken, trennt das die Kinder dagegen nicht. Das erlauben wir deshalb.

Es gab in Deutschland und der Schweiz mehrere Fälle, in denen Jungen sich weigerten, Lehrerinnen die Hand zu geben. Wie würden Sie reagieren?



Das wäre inakzeptabel. Das ist bei uns ein paarmal vorgekommen. Wir haben dann die Eltern einbestellt und klargemacht: Das sind die Regeln der Schule. Als wir 2014 unsere Schule eröffneten, hatten wir 30 Prozent muslimische Schüler, heute sind es 60 Prozent. Die muslimischen Familien kommen offensichtlich gut damit klar, dass es kein Gebet gibt. Das Problem ist eher, dass weisse Menschen zu sehr bemüht sind, sich nach allen möglichen Kulturen zu richten.

Wie setzen Sie das durch?

Man muss sich über die eigenen Werte klar werden und dann für sie einstehen. Wer stattdessen aus schlechtem Gewissen unsicher und schwach ist, sagt am Ende jeder Minderheit: Wir tun, was ihr wollt. Auch unsere Zeugen-Jehovas-Kinder mögen es nicht, dass wir Shakespeares «Macbeth» mit seinen Hexen unterrichten, und manche Hindu-Familien wollen nicht, dass ihre Kinder Teller benutzen, die zuvor mit Zwiebeln oder Knoblauch in Berührung gekommen sind. Wir sagen dann jeweils: Das ist die Schule, an der ihr seid, ihr müsst mitmachen.

Bildung ist heute vor allem eine Frauendomäne. Frauen sind im Durchschnitt linker. Ist das auch ein Grund dafür, dass Schulen zunehmend woke wurden?

Die Schulleiterinnen der 1950er Jahre waren wie ich. Man verstand damals klar: Fürsorglich und liebevoll zu einem Kind zu sein, bedeutet auch, die Linie zu halten. Diese Klarheit haben wir verloren. Allerdings halten auch die Männer im Lehrberuf die Linie nicht besser. Insofern würde ich eher sagen: Es ist ein Problem von allen.

Sie haben scharfe Worte für die Generation Z. In Ihrer Schule sitzt aber bereits die Generation Alpha in den Bänken. Wie sieht Ihre Prognose für diese aus?

Erschreckend. Sie sehen alles durch die Linse der Opferrolle. Sie wissen nichts, weil man ihnen nichts beigebracht hat, ihr Gehirn ist durch die sozialen Netzwerke durcheinandergebracht. Wir hinterlassen eine beschädigte Generation, ständig ängstlich, mit Depressionen. Es wird ein Albtraum.

Für gleiche Bildungschancen braucht es die Frühförderung ab Geburt

NZZ am Sonntag, 20. August 2026, Debatte

Die Wirksamkeit von frühkindlichen Angeboten für sozial belastete Familien ist erwiesen. Jetzt ginge es darum, sie auch umzusetzen, finden Andrea Lanfranchi und Peter Klaver

Bildungsverantwortliche und Politiker aller Couleur fordern regelmässig mehr frühkindliche Förderung, wenn sich wieder einmal zeigt, dass die Schule Kinder aus Familien mit tiefem sozioökonomischem Status nicht ausreichend fördern kann. Die Umsetzung und Finanzierung wirksamer Massnahmen überlassen sie jedoch oft Stiftungen oder privaten Trägerschaften. Und die Präventionsfachleute empfehlen seit Jahren eine raschere Verbreitung bewährter Programme der aufsuchenden Familienarbeit für jene Kinder, die mit erschwerten Startbedingungen aufwachsen.



Doch was geschieht konkret? Nicht sehr viel, abgesehen von einigen vielversprechenden Ausnahmen wie im Kanton Tessin mit einem erfolgreichen Hausbesuchsprogramm – oder in mehreren Deutschschweizer Kantonen wie Thurgau, Aargau, beiden Basel, Solothurn und neuerdings Zug mit flächendeckenden Sprachstanderhebungen bei den Dreijährigen und der frühen Sprachbildung in Kitas und Spielgruppen. Nachweislich wirksame Förderprogramme sollten ohne Zögern in die Regelstrukturen der Kinder- und Familienhilfe übergeführt werden. Geschieht das nicht, wird nicht nur Kindern aus sozial belasteten Familien eine reale Entwicklungschance genommen, auch Gesellschaft und Wirtschaft werden unnötig belastet.

Die Auswertungen schulischer Leistungen sprechen seit über zwanzig Jahren eine deutliche Sprache: Die soziale Herkunft – oft in Kombination mit Fremdsprachigkeit und Migrationserfahrung – hat einen starken Einfluss auf Bildungserfolg und Bildungswege. Kinder aus bildungsnahen und ressourcenstarken Familien besuchen häufiger Gymnasien und erreichen öfter einen Tertiärabschluss als Kinder aus weniger privilegierten Verhältnissen.

Trotz zahlreichen Unterstützungsangeboten wie familienergänzender Kinderbetreuung oder Fördermassnahmen im Bereich Deutsch als Zweitsprache gelingt es offenbar nicht, Leistungsunterschiede zu verringern, die auf soziale Ungleichheiten zurückzuführen sind. Im Gegenteil: Die im neuen Bildungsbericht Schweiz sowie im Armutsmonitoring dargestellten Befunde zeigen, dass diese Ungleichheiten hartnäckig bestehen bleiben oder sich teilweise sogar verstärken.

Auch eine kürzlich veröffentlichte Unicef-Studie bestätigt dieses Bild: Die Schweiz verfügt zwar über ein leistungsfähiges Bildungssystem, aber nicht für alle Kinder. Besonders deutlich wird dies an der grossen Leistungsdifferenz zwischen Kindern aus privilegierten und solchen aus benachteiligten Haushalten. Im internationalen Vergleich schneidet die Schweiz bei der Bildungsungleichheit entsprechend schlecht ab. Aus Studien wissen wir zudem, dass zwei Drittel der Leistungsunterschiede bereits vor dem Schuleintritt entstehen.

Die Frage lautet daher nicht, ob wir früh fördern sollen, sondern, wie. Gesucht sind Massnahmen, die wirksam sind und deren Wirkung über die ersten Lebensjahre hinaus Bestand hat. Besonders vielversprechend sind Programme für Kinder ab Geburt, die gezielt auf vulnerable Familien ausgerichtet sind und auch jene Eltern erreichen, die von bestehenden Unterstützungsangeboten kaum profitieren.

Heute verfügen wir über bewährte präventive Interventionen der aufsuchenden Familienarbeit. Sie basieren in der Regel auf regelmässigen Hausbesuchen während der ersten drei Lebensjahre eines Kindes. Ein besonders gut erforschtes Beispiel ist das Programm «PAT – Mit Eltern lernen», dessen langfristige Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit im Rahmen der sogenannten Zeppelin-Studie untersucht wird und das heute in verschiedenen Kantonen in der Praxis umgesetzt wird.

Die Ergebnisse sind durchwegs positiv. Sie zeigen bei Programmende Verbesserungen im kognitiven Bereich sowie nachhaltige Effekte – wenn auch in unterschiedlichen Ausprägungen – auf die Sprache, das Mathematikverständnis und die Verhaltenskontrolle noch bis in die ersten Klassen der Primarschule. Dieses Hausbesuchsprogramm wirkt insbesondere bei Kindern aus stark belasteten Familien. Wie dauerhaft diese Effekte sind, wird sich nun beim Übergang in die Sekundarstufe I zeigen.



Laut Schätzungen wachsen rund zehn Prozent aller Neugeborenen in sozial belasteten Familienverhältnissen auf. Im Kanton Tessin erreicht das vom Kanton getragene Hausbesuchsprogramm «PAT» mittlerweile rund drei Prozent aller Neugeborenen. Die Resultate sind bemerkenswert: Nur wenige Kinder beginnen dort die Schule mit ungenügenden Italienischkenntnissen. In der Deutschschweiz hingegen spricht beim Schuleintritt ungefähr jedes dritte Kind noch nicht ausreichend Deutsch.

Wenn Politik und Bildungsverantwortliche es mit der Chancengerechtigkeit ernst meinen, dürfen sie sich nicht länger auf wohlklingende Absichtserklärungen beschränken. Die wirksamen Instrumente liegen längst auf dem Tisch. Nun braucht es den Mut, sie umzusetzen und nachhaltig zu finanzieren.

Andrea Lanfranchi, 68, ist emeritierter Professor für Sonderpädagogik an der Interkantonalen Hochschule für Heilpädagogik in Zürich. Peter Klaver, 55, ist Leiter Zentrum Forschung und Wissenstransfer an der Interkantonalen Hochschule für Heilpädagogik und Privatdozent an der Universität Zürich.

Defizite beim Schreiben und Rechnen

NZZ, 2. September 2026, Schweiz, David Vonplon

Jeder fünfte Betrieb will weniger Lehrlinge einstellen

Seit Jahren zeigen nationale und internationale Leistungserhebungen wie Pisa, dass die Grundkompetenzen von Schweizer Schülern beim Lesen, Schreiben und Rechnen zurückgehen. Nun macht sich diese schleichende Verschlechterung auch in den Ausbildungsbetrieben deutlich bemerkbar. Gemäss einer gemeinsamen Umfrage von Economiesuisse, Gewerbeverband und Arbeitgeberverband unter gut 2900 Ausbildungsverantwortlichen fällt es einem erheblichen Teil der Jugendlichen zunehmend schwer, längere Texte zu erfassen, verständlich zu schreiben oder zu beurteilen, ob ein berechnetes Resultat plausibel ist.

Besonders schlechte Noten geben die Unternehmen den Lernenden beim Schreiben und in der Mathematik. 59 Prozent der Befragten beurteilen deren Schreibkompetenzen als ungenügend. Bei Rechtschreibung und Grammatik sehen sogar mehr als zwei Drittel Defizite. Auch in der Mathematik orten die Ausbildungsbetriebe Luft nach oben. So fällt den Jugendlichen etwa der Umgang mit Grössen und Einheiten schwer. Bemerkenswert ist, dass die Lücken landesweit ähnlich ausgeprägt sind: Zwischen der Deutschschweiz, der Westschweiz und dem Tessin zeigen sich laut der Erhebung nur geringe Unterschiede.

Längerfristiger Trend

Laut den Ausbildungsverantwortlichen handelt es sich beim Rückgang der Grundkompetenzen nicht um ein vorübergehendes Phänomen, sondern um einen längerfristigen Abwärtstrend. Rund die Hälfte der Betriebe beobachtet die Entwicklung seit etwa fünf Jahren, ein weiteres Viertel seit ungefähr zehn Jahren. Nur eine Minderheit nimmt den Rückgang erst seit zwei oder drei Jahren wahr. Um die bestehenden Lücken zu schliessen, unterstützen drei von vier Unternehmen ihre Lehrlinge heute mit zusätzlichen internen oder externen Massnahmen.



Besorgniserregend ist, dass der Sinkflug bei den Kompetenzen bei Jugendlichen auch das Lehrstellenangebot negativ beeinflusst. Jedes fünfte Unternehmen gibt an, wegen der sinkenden Grundkompetenzen bereits weniger Lernende zu rekrutieren oder dies künftig tun zu wollen. Häufig verschärfen Betriebe zudem ihre Selektionskriterien oder lassen eine Lehrstelle unbesetzt, wenn geeignete Bewerber fehlen.

Besonders schwer mit dieser Entwicklung tun sich KMU: Zusätzliche Betreuung und Förderung würden sie zeitlich und personell besonders stark beanspruchen, heisst es in der Erhebung. Rund 30 Prozent der Betriebe mit höchstens neun Beschäftigten erwägen deshalb, weniger Lernende auszubilden; bei Grossunternehmen sind es 13 Prozent.

Ursachen unzureichend geklärt

Für die Wirtschaftsverbände zeigt sich damit, dass sinkende Grundkompetenzen längst nicht nur ein bildungspolitisches Problem sind. Die Defizite drohen vielmehr die duale Berufsbildung und damit auch die Fachkräftesicherung zu schwächen. Nur wenn Kompetenzlücken bereits während der obligatorischen Schulzeit geschlossen würden, könne die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe langfristig gesichert werden.

Economiesuisse, Gewerbeverband und Arbeitgeberverband fordern deshalb, Lesen, Schreiben und Mathematik in der Volksschule wieder stärker ins Zentrum zu rücken. Gleichzeitig räumen sie ein, dass die Ursachen des Leistungsrückgangs bis jetzt nur unzureichend geklärt seien. Diskutiert werden etwa ein verändertes Medienverhalten, die stärkere Nutzung digitaler Geräte oder die veränderte Zusammensetzung der Schülerschaft. Für keinen dieser Erklärungsversuche gibt es bis jetzt jedoch einen belastbaren empirischen Nachweis.

«Die Schulen verzetteln sich zu stark»

NZZ am Sonntag, 23. August 2026, Schweiz, René Donzé

Der Zuger Bildungsdirektor Stephan Schleiss führt Notenpflicht für Prüfungen ein und regelmässige Vergleichstests für alle Schüler. Eine Schule sollte nicht auf Schonung aufbauen, sagt er. Interview: René Donzé

NZZ am Sonntag: Herr Schleiss, der Kanton Zug steigt mit einer Neuerung ins neue Schuljahr. Sie verpflichten alle Schulen dazu, Prüfungsnoten zu verteilen. Warum?

Stephan Schleiss: Wir haben festgestellt, dass immer häufiger an der Notengebung herumgewerkelt wird. Schulen verzichten auf Noten oder ersetzen sie durch Smileys oder Farbcodes. Und teilweise geben sie die Prüfungen den Kindern nicht mehr mit nach Hause. Das führt auch zu Verunsicherungen bei Eltern. Darum haben wir nun die Regeln präzisiert.

Haben Sie etwas gegen Smileys?

Natürlich nicht. Aber ein Beurteilungssystem muss nachvollziehbar und transparent sein. Die unteren Klassen dürfen auch weiterhin mit Symbolen oder Farben arbeiten, aber sie müssen auf einer Skala transparent festlegen, was welcher Note entspricht, damit das für Eltern und Schüler klar ist.



Das ist ein ziemlich starker Eingriff in die didaktische Freiheit der Lehrer.

Wir mussten intervenieren, bevor das Thema die Gerichte beschäftigt. Wenn Eltern erst am Ende eines Semesters sehen, dass ihr Kind auf dem absteigenden Ast ist, können sie ihre Mitwirkungsrechte nicht mehr richtig wahrnehmen. Es ist ja grundsätzlich schön, wenn Schulen Neuerungen ausprobieren wollen. Aber es gibt Tausende geeignetere Felder für die Schulentwicklung als die Notengebung.

Reagieren Sie auf Druck von Eltern, oder agieren Sie aus eigener Überzeugung?

Beides. Ich bin überzeugt, dass eine Note ein einfaches und transparentes Mittel zur Beurteilung ist, und zwar sowohl für die Schüler selbst als auch für die Eltern und die Wirtschaft. Noten sind Ausdruck von Leistung. Wer Leistung verwässern will, der ist auch gegen die Noten.

Der Trend führt indes eher weg von Noten. Die Stadt Luzern hat neuerdings Prüfungsnoten sogar ganz verboten. Diese würden eine Scheingenauigkeit vermitteln und könnten demotivierend für Kinder sein, die sich trotz Anstrengung nicht verbesserten, heisst es.

Und ich finde, man muss sich nicht an etwas ideologisch abarbeiten, was sich bewährt hat. Die Beurteilung mit Noten erfolgt strikt nach der Sachnorm. Das heisst, es werden Ziele definiert, die vor der Prüfung bekannt sein müssen. Und danach wird beurteilt, wie gut das Kind diese Ziele erreicht hat. Noten müssen widerspiegeln, was ein Kind kann – und nicht, wie sehr es sich angestrengt hat.

Der Kanton Zug geht auch sonst neue Wege in der Schulpolitik. Neu sollen alle Kinder ab der vierten Klasse einmal pro Semester mit einem einheitlichen Test in Deutsch und Mathematik geprüft werden. Weshalb?

Ursprünglich war dies ein Gegenvorschlag des Kantonsrates zu meinem Vorhaben, eine Aufnahmeprüfung fürs Gymnasium einzuführen. Das Parlament wollte stattdessen lieber standardisierte Tests für alle. Das begrüsse ich nun auch, es bringt mehr Objektivität in den Schulbetrieb, und wir erreichen eine gewisse Vergleichbarkeit zwischen Gemeinden, Schulhäusern und einzelnen Klassen.

Solche Tests könnten indes dazu führen, dass Lehrer ihre Klassen gezielt darauf vorbereiten, um möglichst gut dazustehen: «teaching to the test», wie man sagt.

Das kann schon sein. Die Herausforderung wird also sein, dass wir diese Tests so aufsetzen, dass die Schüler und die Lehrer davon profitieren können. Also «tests worth teaching to». Es muss für sie einen Wert haben, daraufhin zu lernen und zu unterrichten.

Diese Vorgaben wirken sich stark auf das Unterrichtsgeschehen aus. Darf das die Politik?

In der Tat sehe ich ein gewisses Risiko, dass man damit zu sehr in den Schulbetrieb eingreift. Darum erarbeiten wir nun die Umsetzung gemeinsam mit Lehrervertretern. Auf der anderen Seite erhalten die Lehrpersonen aber auch eine Entlastung durch klare Strukturen und regelmässige Tests, die auch fürs Zeugnis relevant sind.

Ist es auch ein Misstrauensvotum gegenüber den Lehrerinnen und Lehrern?

Nicht generell. Aber es besteht die Tendenz an den Schulen, dass die Leistungsorientierung abgeschwächt wird. Etwa, wenn Lehrpersonen ihr pädagogisches Ermessen geltend machen, um Noten und Beurteilungen nach ihrem Gutdünken anzupassen. Man darf nie unterschätzen, wie selbst professionell agierende Lehrpersonen von ihren eigenen Haltungen beeinflusst sind. Nicht alle haben dieselben hohen Leistungserwartungen, die man an Kinder stellen muss, damit sie vorwärtskommen



– auch an die schwächeren. Heute werden Schüler zu oft aus falscher Nachsicht zurückgelassen. Da werden Ziele angepasst, Nachteile ausgeglichen und so weiter.

Apropos Nachteilsausgleiche: Diese haben schweizweit zugenommen. Auch in Zug?

Ja. Das nimmt massiv zu und die Streitereien darüber ebenfalls. Die Entwicklung hat den gesunden Bereich verlassen. Da erwarten zum Beispiel Schüler kurz vor der Maturaprüfung plötzlich einen Nachteilsausgleich, obwohl sie vorher sechs Jahre lang nichts dergleichen brauchten. Das wird manchmal sogar eingeklagt. Darum überarbeiten wir nun die Richtlinien. Ich lasse prüfen, ob man die Nachteilsausgleichsmassnahmen im Zeugnis ausweisen darf, und wenn es nur mit einem Sternchen hinter der Note ist.

Das könnte dazu führen, dass beeinträchtigte Schüler mit einem solchen Vermerk stigmatisiert werden. Eigentlich wollte man mit Nachteilsausgleichen ja das Gegenteil erreichen.

Tatsächlich kritisieren auch Schulrechtler solche Kennzeichnungen im Zeugnis. Ich bin jedoch der Meinung, dass die Hauptaufgabe eines Zeugnisses seine Aussagekraft ist. Und wenn ein Lehrmeister dort nicht sehen kann, dass ein Schüler für seine Aufgaben zwanzig Prozent mehr Zeit braucht als der Rest, finde ich das schwierig. Er merkt es erst, wenn er den Lehrling bereits eingestellt hat.

Der Ruf nach transparenteren Zeugnissen und mehr Leistungsorientierung ist oft aus der Wirtschaft zu hören. Erleben Sie das auch so?

Natürlich stehen wir im regelmässigen Austausch mit der Wirtschaftskammer und dem Gewerbeverband. Dort hören wir immer wieder, dass die Schulabgänger weniger können als früher. Letztes Jahr hat die Zuger Treuhändervereinigung deswegen sogar extra die Regierung angeschrieben. In den gut fünfzehn Jahren, die ich nun im Amt bin, haben die Klagen zugenommen. Und sie decken sich auch mit meiner persönlichen Beobachtung.

Solche Klagen sind jedoch so alt wie die Menschheit selbst.

Schon. Aber schauen Sie doch, was die Pisa-Studie 2022 gezeigt hat: Ein Viertel der Schweizer Schüler erfüllt die Grundansprüche im Lesen nicht, ein Fünftel nicht in Mathe. Die Leistungen haben generell abgenommen. Das finde ich schon sehr schwierig, vor allem wenn man sieht, wie viel Effort und Ressourcen in das System investiert werden.

Oft fängt das Problem schon viel früher an, bereits im Vorschulalter.

Es ist so, dass Sozialisation und Sprachfertigkeit der Kindergartenkinder massiv schlechter geworden sind. Kürzlich sagte mir jemand, dass in der Gemeinde Baar die Hälfte aller neu eingeschulten Kinder Deutschförderung brauche. Nun planen wir eine selektive Ausweitung der Schulpflicht. Wir werden bei allen Dreijährigen im Kanton Sprachstandserhebungen durchführen. Und wer dort gewisse Mindestwerte nicht erfüllt, muss an zwei Halbtagen pro Woche eine Kita oder Spielgruppe besuchen.

Das alleine dürfte wohl nicht reichen.

Das stimmt. Wir wollen die Schulen darum verstärkt auf die Kulturtechniken Lesen, Rechnen, Schreiben einschwören. Gemeinsam mit den Schulpräsidenten und Gemeinden haben wir entsprechende strategische Richtlinien verabschiedet. Die Schulen verzetteln sich mitunter zu stark mit Projekten, entdeckendem und forschendem Lernen sowie super anspruchsvollen pädagogischen Settings. Da fehlt am Schluss die Zeit, um die Grundlagen zu üben.



Wie soll das erreicht werden, mit mehr Üben, mehr Drill?

Drill im preussischen Sinne nicht gerade. Aber vielleicht so, wie es früher im Schweizer Armee-reglement gestanden ist: Zwölfmal sollte man etwas geübt haben.

Schule besteht aber nicht nur aus Kopf, sondern auch aus Herz und Hand.

Selbstverständlich soll die Schule ganzheitlich sein und alle drei Ebenen ansprechen. Und natürlich soll sie auch Spass machen. Lern- und Lebensfreude gehören zusammen. Kinder müssen vielfältig angeregt werden. Aber die Schule legitimiert sich durch das, was die Schüler am Ende der Schulzeit können.

Kürzlich hat eine Umfrage des Schweizer Lehrerverbandes gezeigt, dass die Hälfte der Lehrerschaft der integrativen Schule kritisch gegenübersteht. Was sagen Sie zu diesem Ergebnis?

Das Ausmass der Kritik hat mich überrascht, denn normalerweise hört man die kritischen Stimmen etwas weniger. Grundsätzlich sind die Schulen ein Milieu, in dem man sagt: Momoll, die Integration ist ein wichtiges Anliegen. Jetzt zeigt sich aber klar, dass das System überlastet ist.

Sie schreiben nun allen Schulen vor, sogenannte Schulinseln für schwierige Schüler einzurichten. Fühlen Sie sich in Ihrem Weg bestätigt?

Eigentlich schon. Wir haben festgestellt, dass Integration in vielen Belangen zwar kein Problem ist – ausser wenn es um Schüler mit Problemverhalten geht. Da braucht es ein Ventil. Darum müssen neu alle Zuger Schulen sogenannte temporäre separative Gefässe einrichten. Es ist ein pädagogisch wertvolles «Vor-die-Türe-Stellen». Bei einem reicht ein Nachmittag, einer braucht drei Wochen, und ein weiterer ist alle zwei Monate dort. Das ist eine pragmatische Lösung, die ohne viel bürokratischen Aufwand funktioniert.

Wie kommt das bei den Schulen an?

Nicht alle sind gleich begeistert. Aber kürzlich war ich in einer Gemeinde auf Schulbesuch, die ursprünglich dagegen war, weil sie die Integration nicht hinterfragen wollte. Nun aber sind die Lehrer dort froh, dass die Schulinseln kommen. Manchmal wollen Schulen eben auch zu etwas gezwungen werden.

Besteht nicht die Gefahr, dass in einer leistungsorientierten Schule am Ende die Schwachen auf der Strecke bleiben?

Nein, nein. Das Gegenteil ist der Fall. Eine Schule, die auf Schonung aufbaut, hilft niemandem. Mitleid zementiert die Verhältnisse. Wir wollen erreichen, dass alle die grundlegenden Fähigkeiten erlernen. Das hilft gerade den Schwächeren. Die Fokussierung auf Transparenz, Leistung und die Kulturtechniken ist die Rückfallebene in einer Welt, die immer komplizierter wird.



«Wer zu oft Chat-GPT fragt, verliert das Selbstvertrauen»

Tages-Anzeiger, 29. August 2026, Kultur, Gesellschaft & Wissen, Michael Marti

So nutzen Jugendliche KI für die Schule Während der Prüfung läuft die KI-App: Schülerinnen und Schüler erzählen offen, wie künstliche Intelligenz ihren Schulalltag auf den Kopf stellt und zu neuer Chancenungleichheit führen kann.

Gibt es eigentlich noch Schülerinnen und Schüler, die keine KI für die Schule nutzen?

Max: Das kann ich mir nicht vorstellen.

Dominique: Ich kenne niemanden, der KI nicht nutzt.

Malou: In meiner Klasse gibt es zwei Jugendliche, die KI zurückhaltend einsetzen - aber sie nutzen sie.

Und wie ist das bei euch?

Max: Ich nutze sie fast jeden Tag für Mathematik. Ich fotografiere die mathematischen Gleichungen ab, lade sie hoch und lasse mir von der KI den Rechenweg Schritt für Schritt erklären. Das hilft enorm beim Verstehen.

Dominique: Ich brauche KI für fast alle Fächer. Zum Beispiel, wenn wir Titelblätter gestalten müssen, lasse ich mir kreative Ideen vorschlagen. Oder wenn ich einfach keine Lust auf die Hausaufgaben habe - dann fotografiere ich die Aufgabe ab, lasse sie lösen und schreibe sie ab.

Vetlir Jasari: Praktisch ist KI beim Vorbereiten, in den Fächern Geschichte, Geografie, Musik und Natur & Technik. Ich fotografiere die gesamten Arbeitsblätter und Buchseiten ab, gebe auch die Lernziele ein und lasse Chat-GPT Lernzettel oder auch ein Quiz erstellen. Später macht mir Chat-GPT einen Probetest, korrigiert ihn und wertet meine Antworten aus.

Wie weisst du, dass Chat-GPT keine Fehler macht?

Vetlir: Ich überprüfe das selbst. Oder meine Lehrerin, die meine Methode unterstützt, prüft den Output.

Wie oft liegt die KI falsch?

Vetlir: So einmal in zehn Fällen.

Nutzt ihr KI eigentlich für alle Aufgaben oder gezielt für bestimmte?

Malou: Ich nutze KI für Aufgaben, bei denen ich finde, dass die KI mir Arbeit abnehmen kann. Zum Beispiel in Französisch, um unregelmässige Verben zu konjugieren. Ich lasse die KI eine Tabelle erstellen und kopiere sie gleich in die Übungsfiles, da wir vieles online machen. Aber wenn eine wichtige Prüfung ansteht, bei der ich den Stoff auswendig können muss, schreibe ich die Sachen selbst auf, um sie im Kopf zu behalten. Sprachen lernt man definitiv nicht, ohne Vokabeln und Formen im Kopf zu haben.

Flavio Naef: Im Informatikunterricht erhalten wir oft den Auftrag, eine Website oder ein Programm zu schreiben. Wir dürfen und sollen dafür KI benutzen. Am Schluss wird bewertet, wie gut wir den



Prozess dokumentieren. Wir müssen genau aufschreiben, welche Prompts wir verwendet haben und wie wir mit der KI interagiert haben. Das Problem ist nur, dabei kann man natürlich auch wieder KI benutzen Ehrlich gesagt: Ich frage mich schon, ob man so überhaupt noch etwas lernt.

Hast du als Informatiklehrling ein Bezahlmodell? Oder reicht auch für dich Gratis-KI?

Flavio: Ich nutze einen Bezahl- account. Das Angebot heisst «Monica» und kostet 120 Franken im Jahr. Dafür gibts Zugriff auf die Spitzenmodelle wie Claude Sonnet 5, Gemini 3.1 - alles unlimitiert. Ich hatte grosses Glück, von einem Einstiegspreis zu profitieren. Heute kostet dasselbe Abo doppelt so viel.

Können sich alle ein kostenpflichtiges Abo leisten?

Max: Nein, nicht alle. Wer sich ein KI-Abo leisten kann, hat in der Schule einen klaren Vorteil.

Flavio: Genau. Wer am meisten Tokens und Abfragen hat, bekommt die besseren Antworten.

Max: Man kann die Gratisversionen aber trotzdem sehr gut nutzen. Die Grenzen merke ich vor allem beim Upload von Bildern.

Vetlir: In der Schule müsste eigentlich ein einheitliches Modell zur Verfügung gestellt werden - dann hätten alle die gleichen Chancen.

Welche Regeln gelten an euren Schulen für die KI-Nutzung?

Vetlir: Chat-GPT ist an meiner Schule verboten. Wir können eine schuleigene KI benutzen und lernen auch, wie wir richtig prompten.

Malou: An meinem Gymi gibt es keine klare Regelung, auch keinen speziellen Unterricht. Es hängt halt davon ab, welche Einstellung die Lehrperson zu künstlicher Intelligenz hat. Letzthin machten wir im Deutschunterricht ein spannendes Experiment: Wir verglichen zwei Zusammenfassungen desselben Textes - die eine schrieb die Lehrerin, die andere die KI. Es war ganz erstaunlich, wie sehr sich die Texte ähnelten.

Max: Mir ist nicht bekannt, dass es einheitliche Regeln gäbe.

Flavio: Die KI entwickelt sich eben megaschnell. Ich habe den Eindruck, die Schule kommt da nicht mehr mit. Bei Prüfungen, die man ohne Hilfsmittel lösen muss, könnte man doch einen speziellen Browser verwenden, einen «Safe Exam Browser». Der sorgt theoretisch dafür, dass man nicht auf das Internet oder KI-Tools zugreifen kann.

Schummeln viele?

Vetlir: Ich persönlich mogle bei Prüfungen nicht mit KI, aber es gibt viele Jugendliche an meiner Schule, die überhaupt nichts lernen und die Tests dann komplett mit KI lösen. Während der Prüfung benutzen wir Stellwände auf den Pulten. Dahinter kann man natürlich gut die KI-App auf dem Handy nutzen.

Dominique: Oder man geht gleich in einen anderen Raum. Wer sich im Schulzimmer nicht gut konzentrieren kann, weil zu viele Leute anwesend sind, darf bei uns die Prüfung in einem separaten Raum schreiben - im sogenannten Glasraum. Man weiss zwar nicht, ob die Lehrperson gerade durch die Glasscheibe hineinschaut. Aber mit etwas Glück kann man dort die KI nutzen.



Vetlir: Wenn man allerdings erwischt wird, muss die Prüfung sofort abgebrochen werden - und man bekommt eine Eins.

Max: An der Berufsmittelschule ist die Kontrolle strikt. Da müssen wir das Handy vorne abgeben, und die Lehrer laufen permanent herum.

Was passiert mit den eigenen Fähigkeiten, wenn man immer mehr an die KI abgibt?

Flavio: Wenn man nur noch die KI benutzt, lernt man die Basics überhaupt nicht mehr. Wenn man dann mal ohne KI dasteht, merkt man plötzlich: Ich kann das von mir aus gar nicht lösen. Ich weiss nicht mal, wo ich anfangen soll.

Max: Genau. Wenn man den Code immer von der KI generieren lässt, macht man sich das Leben zwar einfach. Aber man macht keine Fehler mehr selbst, man sucht nicht stundenlang nach Syntaxfehlern und lernt dadurch nicht, den Code wirklich zu verstehen. Ich kenne Jugendliche, die alles mit KI lösen - und Ende Semester, bei den Prüfungen, wirds dann knapp.

Malou: Wenn man ständig Chat-GPT fragt, verliert man sein Selbstvertrauen, man traut sich irgendwann weniger zu. Man gewöhnt sich so sehr daran, dass es mit der KI viel schneller und fehlerfreier geht. Irgendwann denkt man: Die KI kann das eh besser, warum soll ich es selbst versuchen?

Dominique: Ich sehe das etwas anders. Ich finde, man lernt gleichzeitig auch sehr viel, wenn man einen Aufsatz mit KI schreibt. Man muss der KI ja im Prompt genau vorgeben, was in dem Aufsatz stehen soll. Wenn man zum Beispiel einen Aufsatz über ein Auto schreibt, muss man spezifizieren, welche technischen Details, welche Geschichte und welcher Aufbau enthalten sein sollen. Man lernt dadurch, Informationen strukturiert zusammenzufassen und präzise zu steuern. Das ist auch eine wichtige Kompetenz: das Prompten.

Vetlir: Ja, aber es geht halt trotzdem viel schneller, als wenn man stundenlang selbst überlegt und schreibt.

Flavio: Wenn man die Grundlagen nie gelernt hat, kann man am Ende auch gar nicht beurteilen, ob das, was die KI ausgibt, überhaupt gut oder schlecht ist. Man übernimmt es einfach blind, und das ist gefährlich.

Wer erklärt den Schulstoff besser - die KI oder eure Lehrerinnen und Lehrer?

Dominique: Das hängt von der Lehrperson und vom Fach ab. Oft erklärt es die KI aber besser.

Max: Es gibt bei uns Lehrpersonen, die nicht optimal Deutsch sprechen - im Vergleich dazu erklärt die KI den Stoff allemal besser.

Flavio: Ich würde sagen: Ohne KI, die mir den Stoff erklärt, hätte ich in gewissen Fächern gar keine Chance.

Malou: Im Unterricht aufmerksam zuzuhören, ist sicher sehr wertvoll. Nur: In einer Klasse kommen zwanzig Schülerinnen und Schüler auf eine Lehrperson. Chat-GPT aber hört nur mir zu, hat immer Zeit. Und kann viel spezifischer auf meine Bedürfnisse eingehen.



Vertraust du der KI?

Malou: Nein, nicht vollkommen. Die Antworten sind nicht immer korrekt, das ist schon so. Ein Beispiel: Ich zweifelte am Resultat einer Reaktionsgleichung, das Chat-GPT ausgab. Ich fragte nach: Müsste das Resultat nicht ein anderes sein? Chat-GPT gab ein zweites Resultat aus - da kann ja etwas nicht stimmen. Aber unter Zeitdruck nimmt man dies halt in Kauf. Oder wenn man keine Lust hat, selber zu denken.

Nutzen eure Lehrpersonen KI auch selbst?

Flavio: Ja, sehr viele Lehrpersonen nutzen KI für ihre Präsentationen oder um Arbeitsblätter zu erstellen.

Vetlir: Unsere Klassenlehrerin gibt das immer ganz offen zu. Sie sagt uns am Anfang einer Stunde: «Dieses Aufgabenblatt habe ich mit einer KI erstellt.» Ich finde es gut.

Dominique: Lehrpersonen sind schliesslich auch nur Menschen. Wenn wir die KI benutzen dürfen, warum sollten sie es nicht auch tun, um ihre Aufgaben vorzubereiten?

Max: Dann macht die Lehrperson das Aufgabenblatt mit KI, und wir Schüler lösen es halt auch wieder mit KI.

Wozu braucht es die Schule dann überhaupt noch?

Max: Matheunterricht in der Schule ist halt schon extrem wichtig. Es bringt nichts, wenn die KI dir alles erklärt und du dann denkst, du hast es gelernt - selbst wenn du drei Tage lang mit Chat-GPT büffelst. Am Ende musst du es halt wirklich verstanden haben, spätestens an der Prüfung merkst du das sonst. Und genau dafür braucht es die Lehrer: Die checken im Gespräch sofort, ob du es raffst oder nicht. Die KI fordert dich nicht heraus, sie sagt dir einfach, du seist gut.

Vetlir: Ich habe mir mit der KI schon einen Rechenweg erklären lassen und dachte, ich hätte es begriffen - in der Prüfung stand ich dann trotzdem an.

Dominique: In Fächern wie Kochen, Werken oder Handarbeit spielt KI keine Rolle. Und in Zukunft wohl auch nicht. Hier braucht es sicher Lehrerinnen und Lehrer, auch im Sport. Um zu motivieren. Um aufzupassen, dass alle mitmachen.

Der schweizerische Lehrerverband fordert seit kurzem, es brauche für alle Schulen in der Schweiz dieselben Regeln für den Einsatz von KI. Stimmt ihr zu?

Dominique: Klarere Regeln wären schon gut - halt, um genau zu wissen, in welchen Fächern, bei welchen Aufgaben und wie viel KI wir überhaupt nutzen dürfen.

Max: Einheitliche Regeln wären auf jeden Fall besser als das, was wir jetzt haben. Momentan ist es von Lehrer zu Lehrer völlig unterschiedlich. Manche verbieten es komplett, manche erlauben es, und manche wissen gar nicht, wie sie damit umgehen sollen.

Flavio: Verbote funktionieren nicht, das finde ich auch. Es müsste an den Schulen so gelöst sein, dass alle dieselbe KI benutzen, in einer sicheren Software-Umgebung. Das würde auch Chancengleichheit garantieren.



Malou: Ich glaube auch, Verbote bringen gar nichts. Wer KI nutzen will, macht es sowieso. Man müsste eher die Aufgaben und Prüfungen anders gestalten, damit KI einem gar nicht mehr so viel nützt.

Wie müssten solche Aufgaben denn konkret aussehen?

Malou: Zum Beispiel Fragen dazu, was wir wirklich in der Stunde diskutiert haben oder wo man seine eigene Meinung begründen und das danach mündlich erklären muss.

Flavio: Es hat sich ja schon vieles verändert. Dass wir zu Hause einen Aufsatz schreiben, der dann benotet wird, gibt es bei uns eigentlich gar nicht mehr. Eben weil dann alle KI einsetzen.

Vetlir: Genau - am besten Aufgaben, bei denen das Gerät gar keine Rolle spielt. Oder wenn die Lehrperson nachher mündlich nachfragt, warum man etwas so gelöst hat. Da merkt man sofort, wer es selber verstanden hat.

Jetzt mal ganz ehrlich: Macht KI uns wirklich klüger? Oder womöglich nur denkfaul?

Dominique: Wenn man die KI nur benutzt, um faul Lösungen zu kopieren und Hausaufgaben schnell loszuwerden, dann macht sie uns definitiv dümmer. Weil man das Gehirn ausschaltet. Aber wenn du sie nutzt, um Sachen zu hinterfragen, Rechenwege zu checken und ein Thema wirklich zu verstehen - dann kann sie dich weiterbringen.

Max: Gerade beim Prompten lernst du, dich genauer auszudrücken. Du musst ja exakt sagen, was du willst, was du brauchst und wie das Ergebnis sein soll. Du lernst einfach, viel präziser zu schreiben. Das ist auf jeden Fall ein Pluspunkt.

Malou: Das kommt halt total auf die Person an. Wer die KI dumm nutzt, wird sicher nicht schlauer. Aber wenn du sie intelligent einsetzt, bringt dir das viel.

Der Kantonsrat verbannt Handys aus den Schulen

NZZ, 1. September 2026, Zürich und Region, Daniel Fritzsche

Eine ungewohnte Allianz wehrt sich erfolglos gegen «paternalistische Zensurversuche»

Für die SVP ist klar: Smartphones haben an den Schulen nichts verloren. Im Zürcher Kantonsrat listete der Fraktionschef Tobias Weidmann, Hettlingen, am Montag mit Verweis auf eine amerikanische Studie auf, für welche Übel er die Handys verantwortlich macht: Depression, Schlafmangel, Übergewicht. Das seien Gründe, weshalb seine vier Kinder bis heute kein Smartphone besäßen – und bestens damit zurechtkämen.

Zumindest in den Schulen solle man allen Kindern eine digitale Auszeit gönnen, fand Weidmann. «Dort tragen wir Politiker die Verantwortung für das Lernumfeld.» Bereits die bloße Anwesenheit des Handys schwäche die Konzentration erheblich. Darum sei ein flächendeckendes Verbot privater Geräte notwendig. So wie es andere Kantone wie der Aargau, das Wallis, Basel-Stadt oder Nidwalden bereits beschlossen hätten.



Konkret forderte die SVP mit einem Postulat «verbindliche kantonale Richtlinien», welche die Nutzung privater Smartphones, Tablets und Notebooks durch Schülerinnen und Schüler an allen Zürcher Volksschulen untersagen. Die Regel soll vom Kindergarten bis zum Ende der 9. Klasse gelten und die Unterrichtszeit, die Pausen, das gesamte Schulareal sowie die Tages- und Betreuungsstrukturen umfassen. Heute ist es so, dass alle Schulen eigene Regeln erlassen können. Nicht betroffen vom Verbot wären Geräte, die explizit für den Unterricht genutzt werden.

AL fordert Digitalkompetenz

Dass Handys – besonders an der Schule – unbeliebt sind, zeigte die Diskussion im Rat deutlich. Praktisch alle Sprecher leiteten ihre Voten mit der Bemerkung ein, dass es tatsächlich viele Probleme gebe. Die Frage war nur: Braucht es ein generelles Verbot?

David Garcia Nuñez (AL), Zürich, wehrte sich dagegen. Die Haltung der SVP und ihrer Verbündeten nannte er «paternalistisch». Ein kantonales Verbot sei «eine puritanische Lösung für ein allzu irdisches Problem». Kinder und Jugendliche brauchten keine Handyabstinenz, sondern Digitalkompetenz. Sie würden nicht durch Verbote, sondern durch Befähigung geschützt. In vielen Schulen gebe es zudem heute schon klare Regeln im Umgang mit Smartphones. Man müsse ein funktionierendes System nicht kantonal übersteuern. Die meisten «staatlichen Zensurversuche» könnten durch technikaffine Schüler ausserdem rasch umschifft werden. Das wahre Problem ortete Garcia Nuñez bei den mächtigen Tech-Plattformen wie Instagram oder Snapchat, die es besser zu regulieren gelte.

SP und Grüne waren in der Frage gespalten. Teile der Fraktionen unterstützten ein Verbot, andere waren dagegen. Der Zürcher SP-Präsident Jean-Daniel Strub, Zürich, trat beispielsweise für «smartphonefreie Räume» ein und verwies auf wissenschaftliche Studien. Klare Regeln schufen Entlastung für Schülerinnen und Schüler, Lehrpersonen und Eltern. Sabine Arnold (Grüne), Zürich, hingegen nannte ein kantonales Verbot «unnötig»; es bevormunde die Schulen.

SVP sieht Suchtpotenzial

Markus Bopp (SVP), Otelfingen, stellte richtigerweise fest, dass die Diskussion für einmal nicht streng nach Parteilinie verlaufe und auch nicht im klassischen Links-rechts-Schema zu verorten sei. Er selbst sprach vom «grossen Suchtpotenzial» der Handys. «Wenn wir Alkohol oder Tabak an Schulen verbieten, dann sollten wir es auch mit Smartphones tun», sagte er. Bopp verwies auf Umfragen, die zeigten, dass Eltern, aber auch Schüler sehr offen für solche Lösungen seien. Plötzlich spielten Kinder in den Pausen wieder Tischtennis oder Fussball miteinander, statt auf den Bildschirm zu starren. An skandinavischen Schulen verfolge man deshalb seit geraumer Zeit wieder einen analogen Ansatz.

FDP, GLP und EVP waren neben der AL als einzige Parteien klar gegen das Verbot. Nadia Koch (GLP), Rümlang, bekräftigte, dass die meisten Schulen schon heute ihre Verantwortung wahrnehmen. Ein weitreichenderer Eingriff sei «weder notwendig noch verhältnismässig». Kinder bewegten sich in einer digitalen Welt. Sie forderte «Aufklärung, nicht Verbote».

In der Schlussabstimmung reichte es aber für die SVP. Eine knappe Mehrheit von 92 zu 82 Stimmen unterstützte ihr Postulat. Die Bildungsdirektorin Silvia Steiner (Mitte) wird das Anliegen nun prüfen. Man werde einen Bericht erstellen, um zu sehen, wo der Kanton die bestehenden Regelun-



gen der Schulen «ergänzen» könne, sagte sie. Steiner stellte aber auch klar, dass sie in der Smartphonefrage vor allem die Eltern in der Verantwortung sehe.

Eltern tragen Verantwortung

Tages-Anzeiger,, 3. September 2026, Forum, Leserbrief

«Tages-Anzeiger» vom 1.9. «Keine Smartphones mehr in Schulklassen»

Die Debatte über Smartphones an Zürcher Volksschulen ist geführt. Befürworter setzen auf ein Verbot, Gegner auf Medienkompetenz und die Verantwortung der Eltern. Mit 92 zu 82 Stimmen hat der Kantonsrat entschieden und dem Regierungsrat das Postulat überwiesen. Umso mehr erstaunt die Haltung von Bildungsdirektorin Silvia Steiner. Sie betont, dass die Eltern nicht aus der Verantwortung entlassen werden dürften. Das mag richtig sein, geht aber am parlamentarischen Auftrag vorbei. Dieser betrifft nicht die Smartphone-Nutzung zu Hause, sondern die Regeln an den Zürcher Volksschulen. Über die Zweckmässigkeit eines Verbots durfte und musste im Kantonsrat gestritten werden. Doch nach dem Entscheid ändern sich die Rollen: Das Parlament gibt die politische Richtung vor, die Regierung setzt sie um. Es wäre problematisch, wenn die Exekutive unter Hinweis auf die eigene politische Einschätzung lediglich eine abgeschwächte Variante vorlegen würde. Eltern tragen Verantwortung für ihre Kinder. Für die Regeln an öffentlichen Schulen trägt jedoch der Staat Verantwortung. Genau deshalb hat das Parlament entschieden. Nun sollte die Regierung diesen Auftrag umsetzen - und nicht nochmals darüber befinden, ob sie ihn für richtig hält.

Christian Hafner, Zürich



Veranstaltungshinweis

Macht die Schule unsere Kinder krank?

Mittwoch, 9. September 2026 , 19:30 – 20:30, Vortragsreihe Pädiatrie, Schule & Gesellschaft

Stellenwert von Schulproblemen im Praxisalltag der Kinderärzte

Mittwoch, 9. September 2026

18:30 – 20:30 Uhr

Ostschweizer Fachhochschule
Rosenbergstrasse 59
(beim Bahnhof)
9000 St. Gallen: grosser Plenarsaal, Parterre

Referenten

Daniel Auf der Maur (Stiftung Mercator Schweiz)
Dr. med. Nikolaus von Hofacker (München)

Einführung

Prof. Dr. med. Jürg Barben
& Dr. med. Andreas Würmli

[Mehr...](#)



VORTRAGSREIHE
PÄDIATRIE, SCHULE & GESELLSCHAFT

Macht die Schule unsere Kinder krank?
Stellenwert von Schulproblemen im
Praxisalltag der Kinderärzte

MITTWOCH, 9. SEPTEMBER 2026, 18:30–20:30

